SSOAR
Open Access Repository
www.ssoar.info

Die Präsidentschaftswahlen in Haiti: keine Überraschungen, aber viele Fragezeichen

Nissen, Astrid

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Nissen, A. (2000). *Die Präsidentschaftswahlen in Haiti: keine Überraschungen, aber viele Fragezeichen.* (Brennpunkt Lateinamerika, 23). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443015

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

BRENNPUNKT LATEINAMERIKA
POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT
INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 23 15. Dezember 2000 ISSN 1437-6148

Die Präsidentschaftswahlen in Haiti – Keine Überraschungen aber viele Fragezeichen

Astrid Nissen

Es war keine Überraschung, als verkündet wurde, dass Jean-Bertrand Aristide als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen in Haiti am 26. November 2000 hervorgegangen ist. In Anbetracht der Tatsache, dass der Kandidat der Fanmi Lavalas *(FL) gegen weitgehend unbekannte Gegner antrat und alle ernstzunehmenden Oppositionsparteien die Wahlen boykottierten, erstaunt nicht einmal das Ergebnis. Nach den offiziellen Angaben des Wahlrates (*CEP, Conseil Électoral Provisoire*) erlangte Aristide 91,69% der abgegebenen Stimmen und ließ damit die anderen Mitstreiter weit hinter sich zurück. Doch die ungeklärten Hintergründe der Gewalt im Vorfeld der Wahlen, die widersprüchlichen Angaben über die Wahlbeteiligung sowie die andauernden Auseinandersetzungen zwischen der Opposition, der FL und der internationalen Gemeinschaft über die Rechtmäßigkeit des Urnenganges stellen eine schwerwiegende Hypothek für die am 7. Februar 2001 beginnende Amtszeit von Aristide dar. Zehn Jahre nach seinem historisch bedeutenden Sieg in den ersten demokratischen Wahlen des Landes scheint es nun so, als würde das politische Ränkespiel in eine neue Runde gehen, womit die Aussichten auf eine Stabilisierung des Landes und die dringend notwendige Implementierung von Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse weiter in die Ferne rücken.*

Das Phänomen Aristide

Mit dem Slogan „Lapè nan tèt, lapè nan vant" („Frieden im Kopf, Frieden im Bauch") bestritt die FL den Wahlkampf um das Präsidentenamt in Haiti. Eine eingängige und populistische Parole, deren Aussage für die Mehrheit der Bevölkerung den alltäglichen Wunsch nach einer Verbesserung der unmittelbaren Lebensumstände ausdrückt. Denn noch immer leben nach Angaben des Berichts über die menschliche Entwicklung, der jährlich von UNDP (*United Nations Development Program*) herausgegeben wird, rund 65% aller Haitianerinnen und Haitianer in absoluter Armut. Doch nicht erst das „Friedensversprechen" begründet die große Anziehungskraft, die offenbar noch immer von Jean-Bertrand Aristide ausgeht. Auch wenn seine Popularität in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist und im In- und Ausland zahlreiche Spekulationen über Korruption und Verbindungen zur Drogenmafia die Runde machten, gab es kaum jemanden, der vor den Wahlen ernsthaft daran zweifelte, dass er der nächste Präsident Haitis werden würde. Angesichts der umfassenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise, in der sich das Land befindet, hat Aristide ohne Frage ein leichtes Spiel, sich als der vermeintliche „Retter" zu präsentieren. Eben dieser Mythos ist von ihm und

seinen Strategen in den vergangenen Jahren gezielt aufgebaut worden.

Da die haitianische Verfassung die direkte Wiederwahl eines Präsidenten ausschließt, war Aristide gezwungen, im Dezember 1995 das Präsidentenamt an seinen ehemaligen Premierminister René Préval abzugeben. Er blieb jedoch die entscheidende politische Figur im Hintergrund und baute seine eigene und die Machtposition der *Fanmi Lavalas* mit Hilfe eines weit verzweigten, in alle Schichten der Gesellschaft und in die Institutionen des Staates vordringenden klientelistischen Netzwerkes aus. Für seine Kritiker hat sich Aristide dabei weit von der demokratischen und anti-diktatorischen Ausrichtung der *Lavalas*-Bewegung, als deren gemeinsamer Kandidat er bei den Wahlen 1990 angetreten war, entfernt. Ehemalige Verbündete, wie beispielsweise Gérard Pierre-Charles, der Vorsitzende der *Organisation du Peuple en Lutte* (OPL), oder der ehemalige Bürgermeister von Port-au-Prince und Sprecher des Parteienbündnisses *Espace de Concertation*, Evans Paul, distanzierten sich von Aristide und gehören nunmehr zu seinen entschiedensten Widersachern. Doch bislang ist es ihnen und anderen Kräften der Opposition nicht gelungen, ihren Widerstand gegen das „diktatorische Projekt Aristides" in mehrheitsfähige politische Bahnen zu lenken.

Im Zuge der Auseinandersetzungen über die Ergebnisse der Parlaments- und Kommunalwahlen im Mai und Juli 2000 (vgl. Brennpunkt 14-00) schlossen sich 17 Parteien der Opposition in dem Bündnis *Convergence Démocratique* (CD) zusammen. Das Spektrum der darin versammelten Parteien reicht von der sozialdemokratischen OPL bis hin zum reaktionären *Mouvement Patriotique pour le Sauvetage National* (MPSN). Aber über die gemeinsame Motivation des politischen Kampfes gegen Aristide und die FL hinaus verbindet diese Parteien, die alle – mit Ausnahme der OPL – nur über eine begrenzte Präsenz im gesamten Land verfügen, nur wenig, und die Formulierung einer wirklichen programmatischen Alternative zum „System Aristide" blieb bislang aus.

Wahlen ohne Wahlkampf – und ohne die Opposition

Die Ohnmacht der Opposition war im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen sehr offensichtlich. Als sich Jean-Bertrand Aristide im Oktober als der unangefochtene Kandidat der FL in das amtliche Register eintragen ließ, standen ihm sechs weitgehend unbekannte und unbedeutende Gegner gegenüber. Drei von ihnen zogen im Verlauf des Novembers ihre Kandidatur unter anderem aus Protest gegen die mangelnde Neutralität der Wahlinstitutionen, die der Durchführung von freien und fairen Wahlen im Wege stehe, zurück.[1] Zwar ist dieser Vorwurf nicht von der Hand zu weisen, doch auch die realistische Einschätzung ihrer Chancenlosigkeit dürfte zu dem Entschluss beigetragen haben. Trotz intensiver Bemühungen des stellvertretenden Generalsekretärs der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), Luigi R. Einaudi, der im Verlauf der Monate August, September und Oktober mehrfach nach Haiti reiste, wurden die Verhandlungen über die Ergebnisse der Parlaments- und Kommunalwahlen vom Mai zwischen Vertretern der CD und der FL Ende Oktober ohne greifbares Ergebnis abgebrochen. Alle bedeutenden Parteien der Opposition hielten daraufhin an dem frühzeitig ausgesprochenen Boykottaufruf für die Präsidentschaftswahlen fest und nominierten entsprechend keine Kandidaten.

In den Wochen vor dem Urnengang war nur wenig vom Wahlkampf zu spüren. Es gab keine Diskussionen und öffentlichen Auftritte der Kandidaten für das Präsidentenamt. Auch Jean-Bertrand Aristide machte sich rar und ließ stattdessen zahlreiche Stellvertreter und Sprecher der Partei auftreten. Man munkelte, er wolle sein Leben nicht aufs Spiel setzen. Erst am 24. November 2000, also dem letzten Tag der Kampagne, trat er zu einem Zug durch die Hauptstadt Port-au-Prince an, wobei er in den dichtbesiedelten Elendsvierteln der Stadt von jubelnden Massen empfangen wurde. Doch die allgemeine Stimmung vor den Wahlen war äußerst angespannt. Alleine in der Woche vor dem Urnengang explodierten in Port-au-Prince zehn Sprengsätze. Bei diesen Anschlägen kamen zwei Kinder ums Leben, siebzehn weitere Personen wurden verletzt. Wer für diese erneute Welle der Gewalt verantwortlich ist, bleibt ungeklärt. Ebenso wie im Vorfeld der ersten Runde der Parlaments- und Kommunalwahlen im Mai 2000 beschuldigen sich die Vertreter der FL und des Bündnisses CD

[1] Seit dem Rücktritt von drei Mitgliedern des Wahlrates im Juni 2000, unter ihnen der ehemalige Vorsitzende Léon Manus, steht die Zusammensetzung des Gremiums im Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen der Opposition und der FL. Manus und zwei weitere, der Opposition nahestehende Mitglieder hatten sich geweigert, die manipulierten Ergebnisse der Mai-Wahlen durch ihre Unterschrift zu legitimieren. Der Vorsitzende erhielt daraufhin nach eigenen Aussagen Morddrohungen und verließ Haiti. Die Nachnominierung von drei neuen Mitgliedern erfolgte ohne Absprache mit der Opposition.

jetzt wiederum gegenseitig, für die Gewaltausbrüche verantwortlich zu sein. Besonders unklar ist in diesem Zusammenhang die Rolle der *Organisations Populaires*, deren gewalttätiges Agieren immer wieder mit der FL in Verbindung gebracht wird.

Namen der Kandidaten :

Jean-Bertrand Aristide	*Fanmi Lavalas* (FL)
Jean-Arnold Dumas	*Parti National du Travail* (PNT)
Jacques Philippe Dorce	-
Serge Sylvain	-
Calixte Dorisca *	*Conseil Démocratique Quisquéyen* (CDQ)
Paul Arthur Fleurival *	-
Evans Nicolas *	*Union pour la Reconstruction Nationale* (URN)

* Diese drei Kandidaten zogen ihre Kandidatur vor den Wahlen wieder zurück.

Die Bombenanschläge sind nur ein Ausdruck der zunehmenden Gewalt in dem Karibikstaat. So machte *Amnesty International* (AI) Anfang November in einem Bericht auf die angespannte Menschenrechtssituation in Haiti aufmerksam, die sich in den vergangenen Monaten deutlich verschlechtert habe. Dabei bekundet AI insbesondere Besorgnis über vermehrt auftretende private Milizen, die offensichtlich in Verbindung mit Bürgermeistern und Parlamentsabgeordneten der FL stehen. Zu einem schweren Vorfall dieser Art kam es beispielsweise am 2. November 2000 in der Stadt Hinche, dem Verwaltungssitz des Departements Plateau Central. Während einer Veranstaltung der bekannten Bauernorganisation *Mouvement des Paysan Papaye* (MPP), bei der auch Mitglieder der CD anwesend waren, attackierten mehrere Personen das Versammlungsgebäude mit Steinen – darunter nach Augenzeugenberichten die Bürgermeister von Hinche und der Nachbargemeinde Maïssade. Drei flüchtende Teilnehmer und zwei unbeteiligte Passanten wurden durch Schüsse verletzt. Unter den Verletzten ist auch Dieugrand Jean-Baptiste, der Bruder des prominenten MPP-Vorsitzenden, Chavannes Jean-Baptiste. Die anwesende Polizei (PNH, *Police National d'Haiti*) griff nicht in die Auseinandersetzungen ein. Beobachter sehen darin ein deutliches Indiz für die zunehmende Politisierung der Polizei, deren Verhalten bereits mehrfach im Mittelpunkt kritischer Berichte zur Menschenrechtslage in Haiti stand.[2]

Wahlen als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln?

Trotz der vorausgegangenen Gewaltwelle und einiger logistischer und administrativer Schwierigkeiten, die zur Folge hatten, dass die Abstimmung in zahlreichen Lokalen erst mit erheblicher Verspätung beginnen konnte, verlief der Wahltag selbst ohne wesentliche Zwischenfälle. Die Anhänger von Jean-Bertrand Aristide warteten nicht auf die Bekanntgabe der offiziellen Ergebnisse. Bereits wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale feierten sie in den Straßen von Port-au-Prince den Sieg ihres Idols. In ersten Verlautbarungen der Parteispitze der FL hieß es, die Wahlbeteiligung habe bei 70% gelegen. Trotz der widrigen Umstände habe die Bevölkerung in Massen an der Abstimmung teilgenommen und damit ihren Willen ganz deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Opposition wies dies vehement zurück und behauptete ihrerseits, dass nur etwa 5% der Berechtigten an der Wahl teilgenommen hätten. Dies zeige deutlich, dass dem absoluten Machtanspruch der FL und ihrem Apologeten Aristide jegliche Basis abhanden gekommen sei. Noch größer wurde die Verwirrung, als der *Conseil Électoral Provisoire* (CEP) wenige Tage später eine Beteiligung von 60,5% bekannt gab.

[2] Für Verwirrung sorgten in diesem Zusammenhang Meldungen über einen angeblichen Putschversuch aus den Reihen der Polizei. Auf Anordnung des Präsidenten René Préval wurden daraufhin im Oktober mehrere leitende Polizisten ihres Amtes enthoben und verhaftet. Der Polizeichef von Cap Haitien flüchtete mit einigen Kollegen in die benachbarte Dominikanische Republik. Dort bestritten sie gegenüber der Presse ihre Verwicklung in einen Destabilisierungsversuch und beschuldigten ihrerseits die Senatoren Dany Toussaint und Joseph Médard, die Affäre inszeniert zu haben, um bestimmte Polizisten gegen linientreue Vasallen der FL austauschen zu können. Toussaint und Médard sind zwei ehemalige Angehörige der 1995 aufgelösten Armee, die nunmehr zum Kreis der engsten Vertrauten von Aristide gehören. Bislang lieferte die Regierung unter Premierminister Alexis noch keine stichhaltigen Beweise für die Anschuldigungen gegen die entlassenen Polizisten.

In Anbetracht der nicht ausgeräumten Vorwürfe der Parteilichkeit der Mitglieder des neunköpfigen Wahlrates zugunsten der FL ist jedoch auch diese Angabe nur von begrenztem Wert. Unabhängige Quellen in Haiti meldeten, die Beteiligung habe bei etwa 25% gelegen – und es spricht einiges dafür, dass diese Zahl der Realität am nächsten kommt.

Aufgrund der gescheiterten Verhandlungen, die der stellvertretende Generalsekretär der OAS mit Vertretern der FL sowie der CD seit August geführt hatte, war die internationale Gemeinschaft im Gegensatz zu vorherigen Wahlen davon abgekommen, die Organisation und Durchführung der Abstimmung durch finanzielle Zuwendungen zu unterstützen sowie offizielle Missionen zur Wahlbeobachtung nach Haiti zu entsenden. Lediglich die *Caribbean Community* (CARICOM) schickte eine vierköpfige Delegation unter Führung des ehemaligen Premierministers von St. Lucia, Sir John Compton.[3] Aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum verfolgte eine Koalition aus vier US-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen (Pax Christi-USA, Global Exchange, Quixote Center, Witness for Peace) den Verlauf des Wahltages. Die aus 25 Beobachtern bestehende Gruppe besuchte nach eigenen Angaben insgesamt 152 Wahllokale in vier Departements des Landes sowie in Port-au-Prince.[4] Aufgrund der Auseinandersetzungen über die Ergebnisse der Mai-Wahlen war das nationale Bündnis der Wahlbeobachter (CNO, *Conseil National d'Observateurs*) auseinandergebrochen. Lediglich einige Einzelorganisationen, wie beispielsweise die der FL nahestehende Bauernorganisation *Komite Zafè Elektoral Pou Eleksyon Pwòp* (KOZEPEP), stellten Beobachter zur Verfügung.[5]

Zurück zum politischen Dialog?

Während allerorten noch über die Wahlbeteiligung diskutiert wurde, verkündete der Wahlrat die offiziellen Ergebnisse, die den triumphalen Sieg Aristides bestätigten. Mit weitem Abstand folgten der protestantische Pastor Jean Arnold Dumas (2,04%) sowie der Vorsitzende der neoduvalieristischen Partei URN, Evans Nicolas (1,58%).[6] Auch die neun Sitze für den Senat, über die am 26. November ebenfalls abgestimmt wurde, gingen unangefochten an die Kandidaten der FL. Damit stellt die FL nunmehr insgesamt 26 der 27 Sitze des Senats (den verbleibenden Sitz nimmt ein unabhängiger, aber der FL nahestehender Senator aus dem Departement Nord ein). 80% der Sitze im Abgeordnetenhaus sind in den Händen der FL, und bis auf wenige Ausnahmen stellt die Partei alle Bürgermeister des Landes. Eine weitere bedeutende Einflussmöglichkeit für die FL ergibt sich durch die anstehende Neubenennung von fünf Richtern des Obersten Gerichtshofes des Landes (*Cour de Cassation*). Diese werden auf Vorschlag des Senats vom Präsidenten ernannt.

Die Reaktionen aus dem Ausland auf den klaren Sieg Aristides waren gemischt. So nahm die Europäische Union die Ergebnisse zur Kenntnis, verurteilte jedoch die Welle der Gewalt vor den Wahlen. Im Hinblick auf den fortdauernden Konflikt zwischen der Opposition und der FL betonte sie die Notwendigkeit der Fortführung des politischen Dialogs. Für den Fall, dass keine konsensuale Lösung gefunden wird, schließt die EU auch weiterhin eine „Re-Orientierung" der Entwicklungszusammenarbeit mit Haiti nicht aus. Auch die OAS bedauerte, dass es den politischen Kräften des Landes bislang nicht gelungen sei, zu einer Annäherung durch Verhandlungen zu gelangen. Die Organisation erklärte jedoch ihre Bereitschaft, die Regierung und die sozialen und politischen Kräfte Haitis bei ihren Bemühungen zur Entwicklung und Festigung demokratischer Institutionen zu unterstützen und zur Befriedung des Landes beizutragen. Der stellvertretende Sprecher des *State Department* der USA, Philip Reeker, verwies darauf, dass die schwache Wahlbeteiligung und die Gewalt Indikatoren für ein Bedürfnis der Versöhnung zwischen allen Bereichen der haitianischen Gesellschaft seien. Er bestätigte, dass die Vereinigten Staaten das haitianische Volk auch weiterhin bei der Verfolgung gemeinsamer Interessen unterstützen würden. Neben der Vertiefung der Demokratie zählen dazu die Verbesserung der Menschenrechtssituation, die Beseitigung der Armut, die Bekämpfung des Rauschgifthandels über Haiti in die Vereinigten Staaten sowie die Benennung der Gründe für die illegale Migration.

[3] In einer ersten Presseerklärung schätzte Compton die Wahlbeteiligung auf 15-20%.

[4] Die NGO-Koalition veröffentlichte Zahlen zur Wahlbeteiligung in Jérémie (90%), Cap Haitien (50-60%), Milot (70%), Gonaives (62%) und Port-au-Prince (zwischen 35% und 75%).

[5] KOZEPEP veranschlagt die Wahlbeteiligung auf 60-65%.

[6] Nicolas hatte seine Kandidatur offiziell zurückgezogen, doch da die Stimmzettel zu diesem Zeitpunkt bereits gedruckt waren, war sein Name darauf verzeichnet.

Wesentlich schärfer fiel eine Erklärung des Republikaners Benjamin A. Gilman aus. Der Vorsitzende des Ausschusses für Internationale Beziehungen im US-amerikanischen Abgeordnetenhaus setzt darin zu einer Generalabrechung mit der Politik der Clinton-Administration gegenüber Haiti an. Die Wahlen stellen seiner Meinung nach eine Farce dar, deren einziger Sinn darin bestanden habe, Jean-Bertrand Aristide die absolute Kontrolle über die haitianische Regierung zu verschaffen. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung könne sich Aristide nicht auf ein allgemeines Mandat stützen, um seinen antidemokratischen Aktionen den Anschein der Legitimität zu verleihen. Die Vereinigten Staaten sollten sich dafür einsetzen, so Gilman, dass Aristide von einer Teilnahme am *Summit of the Americas* im April 2001 in Québec ausgeschlossen werde. Diese sehr dezidierte Position der Republikanischen Partei im Hinblick auf Haiti gibt bereits einen ersten Vorgeschmack darauf, dass Aristide nach der Amtseinführung von George W. Bush ein scharfer Wind entgegenwehen wird.

In der ersten Pressekonferenz nach den Wahlen versuchte Jean-Bertrand Aristide, den deutlichen Vorbehalten im Inland entgegenzutreten, indem er erklärte, dass er das Land mit der Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen lenken werde und dass eine Diktatur und lebenslange Regierung nicht zu seinem Programm gehörten. An die internationale Gemeinschaft gerichtet, deren finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der ehrgeizigen, im Weißbuch der FL formulierten Projekte[7] unentbehrlich ist, sprach er sich für Gespräche im Rahmen des gegenseitigen Respekts aus. Die Opposition hat auf diesen Aufruf zum Dialog mit Skepsis reagiert. Die ambivalente Haltung zu Dialog und Partizipation, welche die FL bislang an den Tag legte und die mutmaßlich eine der Hauptmotivationen für die Manipulation der Wahlergebnisse im Mai war, lässt die Antwort auf die Frage nach der wahren Intention dieses Angebots zumindest offen.

Während Marc Bazin, dessen Partei *Mouvement pour l'Instauration de la Démocratie en Haiti* (MIDH) kein Mitglied der CD ist, in der ersten Dezemberwoche mit Jean-Bertrand Aristide zu einem Gespräch zusammentraf, um die Grundlagen für einen politischen Dialog auszuloten, verkündeten Sprecher der CD, sie seien auf der Suche nach einer demokratischen Gegenregierung, welche die Amtsgeschäfte am 7. Februar 2001 provisorisch übernehmen und die Durchführung von sauberen Wahlen vorbereiten solle. Doch im Hinblick auf das Dialogangebot Aristides werden gewisse Differenzen in dem politisch stark fraktionierten Oppositionsbündnis sichtbar. So scheint der Vorsitzende der OPL, Gérard Pierre Charles, der Offerte grundsätzlich offen gegenüberzustehen, nennt jedoch als Vorbedingung die Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft. Sauveur Pierre-Étienne, einer der Sprecher der OPL, zeigte sich lediglich zu Gesprächen mit René Préval bereit, um die Konditionen für die Machtübergabe an eine Übergangsregierung auszuhandeln. Andere Vertreter der CD, wie beispielsweise Micha Gaillard vom *Congrès National des Mouvements Démocratiques* (CONACOM), halten als Bedingung für Gespräche mit der FL auch weiterhin an der sogenannten *Option Zero* fest und fordern neben der Wiederholung der Präsidentschaftswahlen auch die komplette Annullierung des Wahlgangs vom 21. Mai.[8]

Während die Parteien der Opposition noch mit der Suche und Formulierung einer einheitlichen Position beschäftigt sind, bereitet die FL scheinbar unbeirrt weiter Aristides Rückkehr an die Macht vor. Zu diesem Zweck wurde am 8. Dezember 2000 die Benennung einer neunköpfigen Kommission bekannt gegeben, deren Mitglieder aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen stammen. Nach dem gemeinsamen Beschluss Aristides und des scheidenden Präsidenten Préval besteht die Hauptaufgabe der Kommission darin, im Hinblick auf eine harmonische Übergangsphase Strukturen zu schaffen, die einen fruchtbaren Kommunikationsprozess zwischen den Akteuren der Regierung, der Zivilgesellschaft sowie der FL mit dem Ziel des Interessenausgleichs ermöglichen. In einem weiteren Schritt bestätigten Sprecher der FL Fortschritte bei der Einsetzung der angekündigten Kommission zur Evaluierung der Wahlen vom 21. Mai 2000. Zwei der drei ernannten Anwälte waren bereits an der Auswertung der umstrittenen Kommunalwahl vom 6. April 1997 (vgl. Brennpunkt 16-99) beteiligt. Der damals von Präsident Préval angeregte

[7] Auszüge des Regierungsprogramms der FL sind auf der folgenden Website nachzulesen: http://www.unofficialaristide.homepage.com/White_Book_Fanmi_Lavalas_1.html

[8] Im Gegensatz zur Position der Opposition fordert die internationale Gemeinschaft lediglich die Neubestimmung von zehn Sitzen im Senat, die – nach den Berichten der OAS – aufgrund von Manipulationen am Wahlergebnis zu Unrecht bereits in der ersten Wahlrunde an die FL gegangen waren.

Bericht wurde offiziell niemals veröffentlicht und zog keinerlei Konsequenzen nach sich.

Fazit

In den meisten Berichten, die zur Zeit über Haiti verfasst werden, wird ein sehr düsteres Bild für die Zukunft des Landes gezeichnet. Die Rückkehr zur geradezu endemischen Herrschaft eines Diktators ist dabei in aller Munde. Die Funktionsweise des politischen Systems Haitis ist äußerst komplex, und dabei erweisen sich häufig scheinbar offensichtliche Wahrheiten und Tatsachen als Trugbild. Bei der Etablierung von demokratischen Strukturen handelt es sich um einen konfliktiven Prozess, der einen langen Zeitraum in Anspruch nimmt und dessen Ausgang nicht von vornherein feststeht. Die auch in Haiti aufzeigbaren Widersprüche und Paradoxien sind ein Merkmal derartiger Transitionsprozesse.

Die Vorwürfe gegen Jean-Bertrand Aristide und die FL sind massiv. Für sie gilt es nunmehr, diese aus der Welt zu räumen und glaubhafte Antworten auf die vielen offenen Fragen zu geben. So muss die Führung der FL beispielsweise alles daran setzten, das Vorgehen der sogenannten *Organisations Populaires*, die in den vergangenen Monaten für erhebliche Unruhe gesorgt haben und im Verdacht stehen, hauptsächlich für die zunehmende Gewalt verantwortlich zu sein, einer verstärkten Kontrolle zu unterwerfen. Schon aus eigenem Interesse muss die Regierung ein unangefochtenes Gewaltmonopol des Staates wiederherstellen. Das lange Schweigen der Parteispitze zu derartigen Machenschaften trägt jedoch nicht zu ihrer Glaubwürdigkeit bei und lässt die Frage aufkommen, ob die Gewalt, die sich häufig gegen politische Gegner der FL gerichtet hat, billigend in Kauf genommen wurde. Hier gilt es, die weitere Entwicklung intensiv zu beobachten und die Verantwortlichen der FL, die bereits angekündigt haben, mit aller Härte des Gesetzes gegen die Gewalt vorzugehen, beim Wort zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund kritisierte AI kürzlich die Entscheidung der Vereinten Nationen, keine Verlängerung des Mandats für die derzeitige Mission in Haiti (MICAH; *Mission Internationale Civile d'Appui en Haiti*) anzustreben, die so ihre Tätigkeiten entsprechend der Resolution 54/193 der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 6. Februar 2001 einstellen müsste. In einer Pressemitteilung von AI heisst es dazu:

> „Der Zeitraum nach der Amtseinsetzung des designierten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide ist für die Zukunft Haitis von großer Bedeutung. Die Beendigung der Tätigkeiten der UN im Bereich der Menschenrechte würde das Ausmaß der internationalen Beobachtung erheblich schwächen und damit den vergangenen und laufenden Bemühungen des Menschenrechtsschutzes erheblichen Schaden zufügen."

Mit dem gemeinsamen Ziel, eine Verbesserung der Lebensbedingungen der haitianischen Bevölkerung zu erreichen, sollten sowohl die nationale Opposition als auch die internationale Gemeinschaft die Verantwortlichen der kommenden Regierung auf die Einhaltung ihrer formulierten Ziele und Versprechen drängen – auch wenn die Gefahr besteht, dass dies folgenlos bleibt. Machtversessenheit, eine weiter fortschreitende interne Polarisierung und eine außenpolitische Isolierung des Landes stehen dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung des Landes auf jeden Fall entgegen und bergen ferner die Möglichkeit einer opferreichen Eskalation der Situation in sich.

Informationen zu Haiti im Internet:

Wahlen und politische Entwicklung

http://haitipresidentielles2000.homepage.com/#act
http://www.haitionline.com
http://www.us.net/cip/Haiti/Main/main.htm
http://www.windowsonhaiti.com/

Wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

http://www.undp.org/hdro/
http://www.worldbank.org/poverty/wdrpoverty/

Menschenrechte

http://www.igc.org/hrw/
http://www.amnesty.org/
http://www.nchr.org/

Autorinnennotiz: Astrid Nissen, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Von Mai bis Juli hat sie im Rahmen der OAS-Mission an der Beobachtung der Wahlen in Haiti teilgenommen. Länderschwerpunkte: Karibik (insb. Haiti), Zentralamerika. Themenschwerpunkte: Friedenskonsolidierungsprozesse, Politik der Vereinten Nationen, Konfliktursachen. E-Mail: nissen@public.uni-hamburg.de

Wolfgang Hirsch-Weber / Detlef Nolte (Hrsg.)

Lateinamerika: ökonomische, soziale und politische Probleme im Zeitalter der Globalisierung

Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2000, 138 Seiten, DM 15,00
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 6)
ISBN 3-926446-82-X

Nach zwei Dekaden politischer Demokratisierung und wirtschaftlichen Umbruchs fällt die ökonomische, soziale und politische Bilanz in Lateinamerika widersprüchlich aus. Zwar konnte die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder in den neunziger Jahren nach einer Dekade der wirtschaftlichen Krise und Stagnation wieder ein Wirtschaftswachstum verzeichnen. Die wirtschaftlichen Integrationsprozesse sind vorangeschritten, und Lateinamerika ist wieder ein interessanter Standort für ausländische Direktinvestitionen geworden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat das Wachstum jedoch bisher nicht ausgereicht um den Anteil der Armen an der Bevölkerung signifikant zu senken. Und Lateinamerika ist die Region mit der krassesten wirtschaftlichen Ungleichheit und der geringsten sozialen Mobilität geblieben. Die sozialen Verwerfungen und der schroffe Gegensatz zwischen arm und reich haben zu einem dramatischen Anstieg der Kriminalität geführt. Das brüchige soziale Fundament beeinträchtigt die lateinamerikanischen Demokratien. Sie haben sich zwar als krisenresistenter erwiesen als es viele Skeptiker voraussagten, und sie sind auch nicht direkt von einem Rückfall in autoritäre Systeme bedroht. Doch die Qualität der demokratischen Systeme hat sich in den neunziger Jahren tendenziell eher verschlechtert als verbessert. Trotz aller wirtschaftlichen Modernisierung haben viele traditionelle Defekte der lateinamerikanischen Politik überlebt. So hat die Korruption in Gesellschaft und Staat nicht abgenommen. Der vorliegende Band vereint Beiträge, die sich mit diesen und anderen ökonomischen, sozialen und politischen Problemen Lateinamerikas im Zeitalter der Globalisierung befassen.
Aus dem Inhalt: Lateinamerikas wirtschaftliche Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung: Liberalisierung, regionale Integration und Weltmarktorientierung (Hartmut Sangmeister); Die Staaten Lateinamerikas und die Welthandelsorganisation (Francisco León); Die biregionalen Beziehungen der EU zu Lateinamerika zwischen Institutionalisierung und Globalisierung (Wolf Grabendorff); Gesellschaftliche Ungleichheit und gesellschaftliche Machtverhältnisse (Peter Waldmann); Das zwiespältige Verhältnis von Modernisierung und Korruption in Lateinamerika (H. C. F. Mansilla); Ursachen und Folgen hoher Kriminalitätsraten und mangelnder Rechtssicherheit in Lateinamerika (Detlef Nolte); Demokratie in Lateinamerika? (Heinrich-W.Krumwiede); Politische Parteien in Lateinamerika (Nikolaus Werz).

Zu beziehen über:

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglacis 8 · 20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK

Jens Urban

Die lateinamerikanischen Studierenden an der Universität Hamburg,1919-1970

Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2000, 134 Seiten, DM 15,00

(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 5)
ISBN 3-926446-78-1

Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben Tausende lateinamerikanische Studierende an europäischen und US-amerikanischen Hochschulen studiert. Die spätere politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung, die diesen Auslandsstudenten nach ihrer Rückkehr in Lateinamerika zukam, wird zwar im allgemeinen hervorgehoben, über die quantitativen und qualitativen Bedingungen und die Funktionsweise des Auslandsstudiums der Lateinamerikaner ist bisher aber nur wenig bekannt. Der Autor versucht in dieser Pilotstudie exemplarisch die Charakteristika des Auslandsstudiums der Lateinamerikaner an einem Ausbildungszentrum, der Universität Hamburg, anhand neuer, empirisch gesicherter Daten nachzuzeichnen. Wie viele Studierende kamen nach Hamburg, welches Herkunftsprofil lässt sich für sie ausmachen und welche Fächer studierten sie? Darüber hinaus werden die *push*- und *pull*-Faktoren in Hamburg und Lateinamerika ermittelt, die eine Entscheidung für einen Studienaufenthalt in Hamburg begünstigten. Wie wirkte sich die auslandswissenschaftliche Tradition der Universität Hamburg aus? Welche Bedeutung hatte die soziale Herkunft der lateinamerikanischen Studierenden? Welche Rolle spielten die deutsche auswärtige Kulturpolitik, die deutschen Institutionen im Ausland und die Stipendienorganisationen? Gab es Kooperationen im Hochschulbereich und wie haben sie sich ausgewirkt? Schließlich stellt sich die Frage, welche Institutionen und Personen auf wissenschaftlicher und auf Hochschulebene Mittlerfunktionen zwischen Hamburg und Lateinamerika übernahmen. Die Studie ist ein erster Schritt in einem von der historischen Lateinamerikaforschung bisher wenig beachteten Gebiet, das angesichts der andauernden Diskussion um den Studienstandort Deutschland höchste Aktualität besitzt.

Zu beziehen über:

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE
Alsterglacis 8 · 20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban.

Bezugsbedingungen: DM 120,– p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,– (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,– (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,– erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE
Alsterglacis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK